

ZSL Nord e.V. · Saarbrückenstraße 54 · 24114 Kiel

Landeshaus
Innenausschuss
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Ansprechpartner: Janine Kolbig

Telefon: 0431 – 22 103 281

Telefax: 0176 - 24 991 394

E-Mail: info@zsl-nord.de

Internet: www.zsl-nord.de

Datum: 13. Januar 2019

Stellungnahme zum Antrag „Bürgerfreundliche und verständliche Sprache in der Verwaltung fördern“ (Drucksache 19/980)

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit nehmen wir, vom Zentrum für selbstbestimmtes Leben Norddeutschland e.V., zum Antrag der Fraktion SPD „Bürgerfreundliche und verständliche Sprache in der Verwaltung fördern“ Stellung. Als Interessensvertretung der Menschen mit Behinderungen in Schleswig-Holstein, befürworten wir ausdrücklich den oben genannten Antrag.

Besonders Menschen mit Behinderungen sind in ihrem Alltag mit amtlichen Bescheiden konfrontiert, dessen Inhalte schwerwiegende Folgen für die eigene Lebenssituation haben könnten. Es ist notwendig, dass amtliche Bescheide von Landesbehörden verständlich und nachvollziehbar verfasst werden, damit Menschen mit Behinderungen die Inhalte erfassen und ggf. handeln können.

Damit Menschen mit Behinderungen von ihrem Recht auf Selbstbestimmung Gebrauch machen können, ist es unerlässlich, dass diese eine Wahlmöglichkeit haben, welches das Verstehen eines Sachverhaltes voraussetzt. Außerdem ist das Verstehen der Sprache, eine Teilhabevoraussetzung in unserer Gesellschaft und grundlegend, um Inklusion aller Menschen umzusetzen. Ferner kann durch die Bereitstellung von verständlichen und nachvollziehbaren

Seiten 1 von 2

amtlichen Vordrucken und Bescheiden, einer Benachteiligung von Menschen mit Behinderungen entgegengewirkt werden.

Ebenso unterstützen wir es, dass eine bürgerfreundliche und verständliche Kommunikation bereits Inhalt in der Ausbildung von Verwaltungsfachpersonen in Schleswig-Holstein ist. Es ist ratsam frühzeitig diesen Aspekt der Verständigung anzusprechen, damit eine Sensibilisierung stattfindet. Im Sinne der Partizipation von Menschen mit Behinderungen, wäre eine Beteiligung beispielsweise durch einen Erfahrungsaustausch empfehlenswert.

In diesem Sinne appellieren wir an Sie, die Dringlichkeit dieses Antrages anzuerkennen und diesen als weiteren Baustein für eine inklusive Gesellschaft wahrzunehmen.

Für Rückfragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



Janine Kolbig